

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Regina Kittler (LINKE)

vom 09. März 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. März 2021)

zum Thema:

Wird der Schulergänzungsbau der Arnold-Zweig-Grundschule zweckentfremdet?

und **Antwort** vom 23. März 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. März 2021)

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Frau Abgeordnete Regina Kittler (Die Linke)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26948

vom 9. März 2021

**über Wird der Schulergänzungsbau der Arnold-Zweig-Grundschule
zweckentfremdet?**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Gemäß § 109 Schulgesetz von Berlin obliegt es den bezirklichen Schulträgern, die äußeren Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen in der Schule zu schaffen. Dies beinhaltet den Bau, die Ausstattung und die Unterhaltung der Schulstandorte sowie die Einrichtung von Klassen.

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht oder nur teilweise in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er hat daher den Bezirk Pankow um Zulieferung zu allen Fragen gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat mit nachfolgenden Aussagen übermittelt wurden.

1. Entspricht es den Tatsachen, dass im Einzugsbereich der Arnold-Zweig-Grundschule zusätzlicher Bedarf an Schulplätzen besteht und wenn ja, in welchem Umfang zum kommenden Schuljahr 2021/22?

Zu 1.:

Zum Schuljahr 2021/2022 liegen aktuell 123 Anmeldungen für die 1. Klasse vor. Die Schule hat sich abermals bereit erklärt, vor dem Hintergrund eines zum Schuljahr 2021/2022 errichteten temporären Schulergänzungsbaus mehr 1. Klassen, nämlich 6, einzurichten, als es die Schulzügigkeit (3,7-zügig inklusive Ergänzungsbau) hergibt.

2. Mit welcher Auslastung wird die Schule gegenwärtig gefahren?

Zu 2.:

Der zusätzliche Bedarf an Schulplätzen besteht für diesen Einzugsbereich seit dem Schuljahr 2011/2012. Seither wird die Schule über ihre idealtypische Kapazität von drei Zügen (ohne Ergänzungsbaue) eingerichtet und fährt im Schuljahr 2020/2021 bereits 4-zügig.

3. Womit begründet sich die Errichtung eines Schulergänzungsbaus am Standort der Arnold-Zweig-Grundschule und zu wann soll dieser fertiggestellt werden?

Zu 3.:

Die Notwendigkeit des Ergänzungsbaus ist in Frage 1 und 2 dargestellt. Die Fertigstellung des temporären Schulergänzungsbaus ist für Juni 2021 vorgesehen. Die Übergabe ist für das Schuljahr 2021/2022 geplant.

4. Entspricht es den Tatsachen, dass der für das kommende Schuljahr für die Arnold-Zweig-Grundschule geplante Schulergänzungsbaue als Briefwahlzentrum für die Wahlen im September eingerichtet werden soll? Wenn ja, für welchen Zeitraum?

Zu 4.:

Die Prüfung der Mitnutzung des neuen Ergänzungsbaus als Briefwahlstelle ist nach Aussage des Bezirks den besonderen Umständen in der jetzigen Ausnahmesituation der Coronapandemie geschuldet. Das Bezirksamt befindet sich in einer Zwangslage, weil das Rathaus als Pandemiezentrale absehbar nicht für das Wahlamt und die Briefwahlstelle zur Verfügung steht. Alle Flächenreserven sind durch das Gesundheitsamt und den Krisenstab belegt. Das Bezirkswahlamt und die Wahllogistik müssen zu jeder Wahl immer wieder neu aufgebaut werden. Es gibt kein ständiges Wahlamt in den Berliner Bezirken.

Zahlreiche Immobilien wurden und werden daher geprüft.

Der neue Ergänzungsbaue ist nur aufgrund der objektiven Parameter (barrierefreier Zugang vom öffentlichen Straßenland, auskömmliche Raumgrößen und -zuschnitte, bezirkseigene Immobilie, fußläufige Entfernung vom Rathaus, Anbindung an das IT-Landesnetz, Erfüllung sicherheitstechnischer Anforderungen, etc.) in die Prüfung gekommen. Es hat am 12. März 2021 einen (digitalen) Gesprächstermin gegeben, um gemeinsam mit der Schule diese Option zu prüfen. Es ging konkret ausschließlich um das Erdgeschoss für den temporären Zeitraum ca. sechs Wochen vor dem Wahltermin am 26. September 2021 und ca. eine Woche nach diesem Wahltermin. Bei der Prüfung musste festgestellt werden, dass die Doppelnutzung mit unzumutbaren Einschränkungen für den Schulbetrieb zum Schuljahresbeginn 2021/2022 verbunden wäre. Das Bezirksamt hat diese Option daher als absehbar nicht durchführbar bewertet. Die Schule wird auch weiterhin mit dem Ergänzungsbaue zum Schuljahresbeginn planen. Die Prüfung weiterer Optionen und Örtlichkeiten für die Briefwahlstelle läuft derzeit weiter, bis eine geeignete Örtlichkeit gefunden wird.

Die ordnungsgemäße und sichere Durchführung der Wahlen hat neben der Pandemiebekämpfung und Schulplatzversorgung oberste Priorität im Bezirksamt.

5. Wenn die Fragen 1 und 3 mit ja beantwortet wurde, stünde dies nicht im Widerspruch zum begründeten Bedarf und wie bewertet der Senat dies?

Zu 5.:

Das Bezirksamt ist sich der Widersprüchlichkeit des Vorgehens bewusst. Aufgrund der begrenzten Raumreserven befindet sich das Bezirksamt in einem Dilemma zwischen Sicherstellung der Schulplatzversorgung, Durchführung der Wahlen und Aufrechterhaltung der Pandemiebekämpfung. Die Zwangslage wurde den zuständigen Senatsverwaltungen durch das Bezirksamt kommuniziert. Die Senatsbildungsverwaltung teilt die Ansicht des Bezirks, dass eine Nutzung des neuen Schulergänzungsbaus als Briefwahlzentrum keine Option ist, da das Gebäude dringend für den Schulbetrieb benötigt wird.

Berlin, den 23. März 2021

In Vertretung
Beate Stoffers
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie